

Die sowjetische Welt als Verschwörung*

Sowjetbürger der dreißiger Jahre lebten in einer seltsamen Welt. Sie wurden belehrt, dass sie einer Gesellschaft angehörten, die sich planmäßig entwickelt und die höchsten Prinzipien der Gleichheit und Gerechtigkeit verkörpert. Gründlich durchdachte und sorgfältig durchgeführte Großprojekte hätten dafür gesorgt, dass der Sowjetmensch mit einer Fülle von Waren und Dienstleistungen versorgt und sein Lebensstandard in ständigem Wachstum begriffen sei. Er hätte die breitesten Perspektiven des sozialen Aufstiegs im freiesten Land der Welt, dessen Bevölkerung die grandiosen Vorhaben der Regierung enthusiastisch unterstützt.

Die Erlebnisse des Alltags waren nicht unbedingt geeignet, die Parolen des Regimes von den Errungenschaften und Zukunftsaussichten zu bestätigen. Der Ausbau der Industrie erfolgte so chaotisch, dass die ihr inhärente Desorganisation in eine Krise mündete.¹ Anstatt eine leistungsfähige Landwirtschaft zu schaffen, hatte die gewaltsame Kollektivierung eine merkwürdige Archaisierung der Agrarverfassung zur Folge. Periodisch stockte die Lebensmittelversorgung. Die Bauern, die die Mehrzahl der Bevölkerung stellten, wurden zu Bürgern zweiter Klasse, denen Mindestlohn, Sozialversicherung, Personalausweis und die damit verbun-

* Die Archivarbeiten, deren Ergebnisse hier präsentiert werden, wurden durch das Maison des Sciences de l'Homme (Paris) und durch das Renvall Institute (Helsinki) unterstützt.

¹ Moshe Lewin, *The Disappearance of Planning in the Plan*, in: *Slavic Review* 32 (1973), S. 271-287; Alec Nove, *An Economic History of the USSR*, Harmondsworth 1972, S. 187-220; Tatjana Kirstein, *Die Bedeutung von Durchführungsentscheidungen in dem zentralistisch verfaßten Entscheidungssystem der Sowjetunion*, Berlin 1984, S. 176-203; Hiroaki Kuro-miya, *Stalin's Industrial Revolution*, Cambridge 1988, S. 22-30, 81-86, 139-172, 288-296; Hans-Henning Schröder, *Industrialisierung und Parteibürokratie in der Sowjetunion*, Berlin 1988, S. 216-230, 317-323; Robert Maier, *Die Stachanov-Bewegung*, Stuttgart 1990, S. 26-40; David Shearer, *Industry, State and Society in Stalin's Russia, 1926-1934*, Ithaca 1996, S. 167-186.

dene Bewegungsfreiheit verweigert wurden. Für eine Reihe lebenswichtiger Waren – soweit in den Dörfern überhaupt erhältlich – mussten sie erhöhte Preise zahlen.² Die Lebensumstände verschlechterten sich beträchtlich auch für Stadtbewohner und sogar für die vermeintlich herrschende Klasse, die Arbeiterschaft.³ Nach einer bemerkenswerten Förderung junger Werktätiger am Beginn der dreißiger Jahre verlangsamte sich die Mobilität während der zweiten Hälfte des Jahrzehnts erheblich.⁴

In der Vorkriegsperiode war die Strafpraxis deutlich verschärft worden. Verletzungen der Arbeitsdisziplin und sogar bestimmte Lebensformen galten nun als kriminelle Delikte.⁵ Jährlich wurden pro 100.000 Sowjetbürger rund 600 gerichtlich verfolgt; in Krisenzeiten konnte diese Zahl auf fast 800 steigen.⁶ Die Gesamtzahl derjenigen, die wegen anti-sowjetischer Agitation (d.h. meistens für die einfache Äußerung ihrer Ansichten) in den dreißiger Jahren verhaftet wurden, lag weit über einer halben Million.⁷

Es ist ohne Belang, ob und in welchem Maße Sowjetbürger der Propaganda des Regimes Glauben schenkten. Bedeutungsvoll ist die Tatsache, dass der offizielle Diskurs die Fiktion einer Meta-Realität geschaffen hatte, die geeignet war, alltäglich wahrgenommene Umstände allmählich durch die Versprechen des Regimes zu ersetzen.⁸ Die Zahl der wegen ihrer Meinungsäußerung verfolgten Individuen – die sogar höchste Justizbeamte für zu hoch hielten⁹ – zeigt, dass die Behörden versuchten, die Fiktion vom Fortschritt mit allen erdenklichen Mitteln am Leben zu

² Gábor T. Rittersporn, *Modernisierung durch Vernichtung?*, in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* 43 (1995), S. 809-821.

³ Donald Filtzer, *Soviet Workers and Stalinist Industrialization*, London 1986, S. 91-96, 125, 127; Jean-Paul Depretto, *Les ouvriers en U.R.S.S.*, Paris 1997, S. 255-267; Nove, *Economic history* (wie Anm. 1), S. 244-251.

⁴ Sheila Fitzpatrick, *The Cultural Front*, Ithaca 1992, S. 159-161; Gábor T. Rittersporn, *From Working Class to Urban Laboring Mass*, in: *Making Workers Soviet*, hrsg. v. Ronald G. Suny u. Lewis H. Siegelbaum, Ithaca 1994, S. 253-273, hier S. 269-271.

⁵ Peter H. Solomon, *Soviet Criminal Justice under Stalin*, Cambridge 1996, S. 196-229; Gábor T. Rittersporn, *Extra-Judicial Repression and the Courts*, in: *Reforming Justice in Russia, 1864-1996*, hrsg. v. Peter H. Solomon, New York 1997, S. 207-227, hier S. 211-213, 219-220.

⁶ Vgl. GARF (das Staatsarchiv der Russischen Föderation), f. 7523, op. 65, d. 242, l. 3, f. 9474, op. 1, d. 91, l. 127, f. 9492, op. 6, d. 14, l. 17; *Vsesojuznaja perepis' naselenija 1939 g.* [Die sowjetische Volkszählung von 1939], hrsg. v. Jurij Poljakov u. a., Moskva 1992, S. 21.

⁷ GARF, f. 9401, op. 1, d. 1457, ll. 201-203.

⁸ Fitzpatrick, *Cultural Front* (wie Anm. 4), S. 217, 236.

⁹ GARF, f. 8131, op. 37, d. 71, ll. 127-133, d. 73, ll. 228-235.

erhalten. Allein schon dadurch wurde die Welt der sowjetischen Bevölkerung seltsam. Aber die Lage komplizierte sich weiter: Die Sowjetmenschen konnten noch so gute Gründe haben, die Genauigkeit offizieller Darstellungen über ihre Gegenwart und Zukunft anzuzweifeln – merkwürdigerweise waren sie geneigt, das offizielle Deutungsmuster von den Widrigkeiten des sowjetischen Alltags anzunehmen.

Aber auch die Welt, in der die Amtsträger des Regimes lebten, wurde immer seltsamer. Neben alltäglichen Unannehmlichkeiten, die jedem Sowjetbürger widerfuhr, sahen sich jene mehr und mehr mit dem Problem konfrontiert, dass die Widerwärtigkeiten, die ihnen in ihrer amtlichen Tätigkeit begegneten, den Machenschaften allerlei feindlicher Elemente zugeschrieben wurden. Als Amtsträger anzusehen sind die Kader eines breiten Spektrums von Dienststellen: die Leiter von mehr als 200.000 Kolchosen, zehntausende Mitarbeiter von Behörden, Betrieben, Lehranstalten, kulturellen und wissenschaftlichen Einrichtungen sowie Angehörige des Apparats von etwa 3.000 Bezirks- und ungefähr 100 Regionalverwaltungen bis hin zu den zahlreichen Moskauer Amtsstuben, einschließlich der höchsten Instanzen der UdSSR. Sie alle wurden mit zunehmender Nachdrücklichkeit darauf aufmerksam gemacht, dass der Gang der Regierungsmechanismen und die Verwirklichung der Projekte der Staatspartei durch Wühlarbeit untergraben wurden – sogar in ihren eigenen Reihen.

Für Führungskräfte, die dem Regime ergeben waren, lag die Idee keineswegs fern, dass die Loyalität vieler Mitbürger zweifelhaft war. Misserfolge verschiedener Verwaltungen und Fehlritte mancher ihrer Kollegen waren ihnen nur allzu bekannt. Die Erklärung, dass Schwierigkeiten, denen sie Tag für Tag begegneten, etwas mit böswilligen Manövern zu tun haben sollten, konnte nicht einfach von der Hand gewiesen werden. Es schien aber nicht leicht, die Feinde ausfindig zu machen, besonders unter Mitarbeitern und Amtsbrüdern – häufig alten Funktionären und bewährten Parteigenossen mit unbestreitbaren Verdiensten während der Revolution, des Bürgerkriegs, der Kollektivierung und der Kämpfe gegen oppositionelle Strömungen. Immerhin war klar, dass die Erledigung der Aufgaben des Apparats viel zu wünschen übrig ließ.

Im Laufe des Vorkriegsjahrzehnts wurden nicht nur die Kollektivierung, sondern auch andere Vorhaben – eigentlich so gut wie alle Großprojekte des Regimes – auf eine Art und Weise umgesetzt, dass die Ergebnisse mit den ursprünglichen Zielsetzungen nur wenig zu tun hatten. Anstatt die Produktion oder die Verwaltung zu rationalisieren, führ-

ten die Projekte zur Desorganisation von Verwaltung und Wirtschaft, ja sogar zur Steigerung sozialer Spannungen, wie im Falle der Stachanov-Kampagne.¹⁰ Selbst begrenzte Vorhaben hatten keine Chance, flächen-deckend eine einheitliche, kontrollierbare Umsetzung zu erfahren. Nicht einmal die Überprüfung der Vorschriftsmäßigkeit einer Parteizugehörigkeit oder der politischen Zuverlässigkeit von Mitgliedern konnte seitens der vermeintlich hochorganisierten Bolschewiki Moskaus Erwartungen entsprechend erledigt werden. Nacheinander mussten drei Parteisäuberungen eingeleitet werden, die zwei- oder dreimal so lange dauerten wie vorgesehen, da auch gegen solche Kategorien von Mitgliedern vorgegangen wurde, deren Ausschluss ursprünglich nicht vorgesehen war.¹¹ Sie erreichten ihr Ziel offensichtlich nicht, wurde doch unmittelbar nach ihrem Abschluss die so genannte Große Säuberung entfesselt. Nicht einmal die angestrebte Optimierung der Mitgliederkartei konnte erreicht werden. So war auch die zuständige Abteilung des ZK nicht imstande, die genaue Zahl und ethnische Zusammensetzung der Bolschewiki anzugeben.¹²

Dass die Projekte der Staatspartei scheiterten, hatte so gut wie nichts zu tun mit anders gearteten Absichten der Kader oder mit einem Drang, der zentralen Leitung Widerstand zu leisten. Anders als in den zwanziger Jahren gab es keine oppositionellen Tendenzen mehr; wenn es gelegentlich zu Spannungen im Apparat kam, hingen sie mit Bemühungen zusammen, einfache behördliche Interessen durchzusetzen.¹³ Immerhin wurde öffentlich eingeräumt, dass Führungskräfte auf allen hierarchischen Stufen die von ihnen durchzuführenden Direktiven manchmal umfunktionierten bzw. nicht umsetzten. Selbst von Instanzen mit Schlüsselfunktion wie der staatlichen Landwirtschaftsverwaltung war nicht zu

¹⁰ Lewis H. Siegelbaum, *Stakhanovism and the Politics of Productivity in the USSR, 1935-1941*, Cambridge 1988, S. 99-144; Gábor T. Rittersporn, *Stalinist Simplifications and Soviet Complications. Social Tensions and Political Conflicts in the USSR, 1933-1953*, Reading 1991, S. 31-44; Maier, *Stachanov-Bewegung* (wie Anm. 1), S. 228-342.

¹¹ J. Arch Getty, *Origins of the Great Purges. The Soviet Communist Party Reconsidered, 1933-1938*, Cambridge 1985, S. 58-91; Rittersporn, *Stalinist Simplifications* (wie Anm. 10), S. 44-47.

¹² Vgl. RCChIDNI (das ehemalige Zentrale Parteiarhiv; jetzt: RGASPI), f. 17, op. 120, d. 278, ll. 8, 10; CChSD (das ehemalige Archiv des ZK), f. 77, op. 1, d. 1, l. 8.

¹³ Oleg V. Chlevnjuk, *Politburo – mehanizmy političeskoj vlasti v 1930-ye gody* [Das Politbüro. Politische Machtmechanismen in den 1930-er Jahren], Moskva 1996, S. 79, 94-95.

erwarten, dass sie die politische Spitze über die tatsächliche Lage in ihrem Amtsbereich informierten.¹⁴

Zur Routine des industriellen Establishments gehörten falsche Berichterstattung, Verheimlichung der Leistungsfähigkeit von Anlagen, Verschleuderung von Roh- und Treibstoffen, Erfüllung des Plans durch Produktion von Ausschuss, durch eigenmächtige Preiserhöhungen oder durch Erzeugung von Produkten, die lediglich auf Grund ihres Gewichts die Planziffern erreichen ließen.¹⁵ Örtliche Verwaltungen neigten dazu, ihre Befugnisse durch Erhebung illegaler Steuern, Ausgabe von Banknotensurrogaten sowie rechtswidrigen Erlassen und Strafmaßnahmen auszuweiten.¹⁶ Probleme, eine berechenbare und regelmäßige Arbeit des Apparats zu sichern, waren nicht leicht aus der Welt zu schaffen. Moskau musste feststellen, dass Bemühungen, eine institutionelle Kontrolle zu etablieren, auf raffinierte Gegenschritte der Administration stießen.¹⁷ Es verwundert daher nicht weiter, dass sich das Eintreiben von landwirtschaftlichen Abgaben oft in regelrechte Strafexpeditionen verwandelte oder Vorstandsmitglieder von Kolchosen versuchten, die Arbeitsdisziplin auf eine Art und Weise aufrechtzuerhalten, die selbst von der Staatsanwaltschaft als „Folter“ bezeichnet wurde.¹⁸

Nichts lag den Kadern jedoch ferner als die Absicht, die Politik der Staatspartei zu sabotieren. Sie waren mit einer Lage konfrontiert, in welcher – neben unzureichenden Ressourcen und der Leistungsverweigerung der Massen – alle Posteninhaber mit Amtsenthebung und Straf-

¹⁴ XVII s'ezd VKP(b) [Der 17. Parteitag der KPdSU], Moskva 1934, S. 23, 48, 62, 142, 226, 448-449, 545, 589.

¹⁵ Rittersporn, *Stalinist Simplifications* (wie Anm. 10), S. 33.

¹⁶ Partijnoe stroitel'stvo [Der Aufbau der Partei], 1934, Nr. 16, S. 48; *Socialističeskaja zakonnost'* [Sozialistische Gesetzmäßigkeit], 1934, Nr. 1, S. 31, Nr. 5, S. 11; *Sovetskaja justicija* [Sowjetische Justiz], 1934, Nr. 13, S. 9-10; *Sobranie zakonov i rasporjaženij Raboče-Krest'janskogo Pravitel'stva SSSR* [Gesetze und Verordnungen der Arbeiter- und Bauernregierung der UdSSR], Čast' I, 1935, S. 430, 840-841; *Vlast' sovetov* [Sowjetmacht], 1936, Nr. 7, S. 3, Nr. 9, S. 8-9, Nr. 11, S. 37-39, Nr. 16, S. 23-24, 1937, Nr. 10, S. 16-18; „Smolensker Archiv“ (Nationalarchiv, Washington, Military Records Branch), WKP 235, S. 55, WKP 237, S. 108; GARF, f. 5446, op. 16a, d. 1359, l. 101, d. 1368, l. 1, RCChIDNI, f. 88, op. 1, d. 718, l. 18.

¹⁷ Partijnoe stroitel'stvo, 1935, Nr. 13, S. 45-47, Nr. 18, S. 53; *Bol'shevik*, 1936, Nr. 6, S. 76-77; O rabote upolnomočennych KPK [Über die Arbeit der Bevollmächtigten der Parteikontrollkommission (Komissija Partijnogo Kontrolja)], in: *Pravda*, 17. 3. 1936, S. 2.

¹⁸ CGAIPD (das ehemalige Leningrader Parteiarchiv), f. 24, op. 2v, d. 1845, ll. 165, 182-183, d. 1857, l. 118; RCChIDNI, f. 17, op. 120, d. 188, ll. 96, 100-102; GARF, f. 1831, op. 13, d. 64, ll. 32, 36-38, d. 65, ll. 102, 115, 135, 164-165, op. 14, d. 23, l. 21, op. 37, d. 46, l. 3, op. 38, d. 4, l. 33, d. 16, l. 23, d. 19, l. 15, f. 9474, op. 1, d. 90, l. 6, d. 94, ll. 67-68.

verfolgung rechnen mussten, falls die Vorgesetzten mit ihrer Arbeit unzufrieden waren. Auf den untersten Stufen der Hierarchie kam es zu hunderttausenden von Gerichtsverfahren, die in den höchsten Gremien (die sogar die Absetzung „gewählter“ Amtsträger demonstrativ zur Schau stellten) als übertrieben angesehen wurden.¹⁹ Die kleinen Intrigen, durch die sich Kader bemühten, ihre Posten zu halten und ihre Karriere zu befördern, erschienen diesen selbst keineswegs als Handeln, das dem Lauf der Regierungsmechanismen ernsthaft hätte schaden können oder geeignet wäre, soziale Spannungen hervorzurufen oder zu verstärken. Die Tatsache, dass es fast kein Gebiet des landwirtschaftlichen Alltags gab, in dem nicht Justizbehörden aufgefordert waren, sich einzumischen, gelegentlich auch „politische Verbrechen“ aufzuspüren, und dass sich Staatsanwaltschaft und Gerichte für den „Kampf für die Buntmetallherstellung“ oder „für die Vorbereitung der Schifffahrt“ einsetzen mussten,²⁰ zeigt, dass Moskau eine flexible Interpretation und Anwendung von Gesetzen erwartete, deren Grenzen und Tragweite immer unsicherer wurden.

Da sich das Handlungsmuster der Posteninhaber weitgehend am Vorbild der höchsten Instanzen orientierte, waren die einfachen Kader unfähig zu erkennen, dass ihr Verfahren von der Linie des Kreml abweichen konnte. Die Suche nach Sündenböcken oder der Verdacht, dass die Folgen der eigenen Missgriffe auf Machinationen der Werktätigen zurückgingen, gehörten zu der üblichen Praxis der politischen Führung.²¹ Auch falsche Berichte und die zur Gewohnheit gewordene Täuschung vorgesetzter Behörden waren kaum mehr, als die Nachahmung von Moskaus triumphalen Erfolgsmeldungen über Errungenschaften, die – wie die Kollektivierung, die Fünfjahrpläne oder die Stachanov-Kampagne – zumindest zweifelhaft waren.

¹⁹ *Sobranie zakonov*, 1934, S. 840-841; *Partijnoe stroitel'stvo*, 1934, Nr. 21, S. 46, 63, 1935, Nr. 1-2, S. 79, Nr. 17, S. 5-6, 1936, Nr. 8, S. 48; *Sovetskaja justicija*, 1935, Nr. 9, S. 63, Nr. 10, S. 4, Nr. 14, S. 25; *RCChIDNI*, f. 558, op. 1, d. 3155, ll. 7-8; *GARF*, f. 9492, op. 1a, d. 2, ll. 210-211, d. 4, ll. 4-6, d. 93, l. 145; *WKP* 176, S. 181, *WKP* 186, S. 178, 180.

²⁰ *Socialističeskaja zakonnost'*, 1934, Nr. 4, S. 36, 39-41, Nr. 5, S. 11, Nr. 7, S. 37, Nr. 8, S. 3, 31-32, Nr. 9, S. 44, Nr. 10, S. 1-2, 28-30, 34, Nr. 11, S. 48-49, Nr. 12, S. 48, 1935, Nr. 2, S. 59-60, 63, Nr. 10, S. 64; *Sovetskaja justicija*, 1934, Nr. 8, S. 3, Nr. 9, S. 25, Nr. 17, S. 22, 1935, Nr. 4, S. 17, Nr. 5, S. 24-25, Nr. 11, S. 33, Nr. 18, S. 10, Nr. 20, S. 24, Nr. 27, S. 2, Nr. 36, S. 2.

²¹ Moshe Lewin, *The Making of the Soviet System*, New York 1985, S. 151-155; Rittersporn, *Modernisierung* (wie Anm. 2), S. 814-815.

Das Vorgehen der Kader hatte alle Chancen, von der jeweiligen politischen Strategie der höchsten Instanzen abzuweichen oder gar mit ihr in Konflikt zu geraten. Aber paradoxerweise entsprach ja die Tätigkeit der Amtsträger dem Handlungsmuster der zentralen Administration, deren Zielsetzungen mit der Politik vor Ort nicht unbedingt zu vereinbaren waren. Versuche der höchsten Leitung, Verhaftungen unter die Aufsicht der Staatsanwaltschaft zu stellen, mussten scheitern, wenn selbst ein ZK-Sekretär der Meinung war, Parteifunktionäre seien ermächtigt, Inhaftierungen anzuordnen.²² Wiederholte Warnungen der obersten Regierungsinstanz an Regionalbehörden, dass die Vollstreckung von Todesstrafen der Genehmigung Moskaus und nicht der Gebietsverwaltungen bedürfe, konnten kaum ernst genommen werden angesichts einer Praxis des Politbüros, die Ausübung dieses Hoheitsrechts gelegentlich an regionale Führungen und sogar Ad-hoc-Kommissionen zu delegieren.²³

Die Inkonsequenz des Kreml war eng mit den widersprüchlichen Bestrebungen des Regimes verbunden. Einerseits ging es darum, unter den Massen Ordnung und Disziplin aufrechtzuerhalten, und andererseits, einen geregelten und kontrollierbaren Gang der Regierungsmechanismen zu sichern und das politische Monopol der Staatspartei zu behaupten. Die Aufrechterhaltung der Ordnung unter der Bevölkerung und die Bewahrung der Vorrechte des Apparats setzten breite Befugnisse für die Amtsträger voraus, die sie nicht nur in den höchsten Interessen des Regimes ausüben konnten. Wirksame Kontrolle der Kader bedeutete dagegen die Begrenzung dieser Befugnisse, was die Ausübung der Herrschaftsfunktionen ernsthaft beeinträchtigen konnte. Wenn die Spitzenführung den Lauf der Regierungsmechanismen zu regulieren versuchte, arbeitete sie gegen die Logik, die ihr eigenes Handlungsmuster vorgegeben hatte und die in der Tätigkeit der Administration notwendigerweise ihr Abbild finden musste.

²² RCChIDNI, f. 17, op. 3, d. 922, ll. 58-58ob, d. 965, l. 75, op. 120, d. 179, ll. 262-263, d. 188, ll. 100-102, f. 112, op. 27, d. 37, l. 133; GARF, f. 1235, op. 141, d. 1626, l. 31, f. 8131, op. 37, d. 59, ll. 177-178, op. 38, d. 5, ll. 82-83, 99, 101-102, 106, d. 10, ll. 19-20, d. 11, ll. 12-14, 45; CGASPB (das ehemalige Leningrader Stadtarchiv), f. 960, op. 3, d. 246, l. 8, d. 250, l. 2, 5; Sovetskaja justicija, 1934, Nr. 13, S. 9-10, 1935, Nr. 16, S. 9, 1936, Nr. 27, S. 17; *Socialističeskaja zakonnost'*, 1934, Nr. 1, S. 35-36.

²³ *Socialističeskaja zakonnost'*, 1934, Nr. 7, S. 36; Stalinskoe Politbjuro v 30-e gody [Stalins Politbüro in den 30er Jahren], hrsg. v. Oleg V. Chlevnjuk u. a., Moskva 1995, S. 62-65; GARF, f. 8131, op. 28, d. 4, l. 12; f. 9474, op. 1, d. 67, ll. 36, 38; RCChIDNI, f. 17, op. 3, d. 840, l. 1, op. 162, d. 14, ll. 17, 48, 61, 96, 107, 123, d. 15, ll. 2, 27; CChSD, f. 89, op. 73, d. 41, ll. 1-2.

Das Verhalten des Apparats wurde in so hohem Maße durch das Vorbild der Regimeführung geprägt, dass fraglich erscheint, ob und in welchem Maße sich Insider über seine Ursprünge, Natur und Konsequenzen Rechenschaft geben konnten. Es wurde jedenfalls öffentlich anerkannt, dass infolge von Kollektivierung und Industrialisierung die „Macht und Autorität“ der Staatspartei „unerhört“ gewachsen war und dass „alles oder fast alles“ in der ganzen UdSSR davon abhing, wie der Apparat seine „entscheidende [und] außerordentliche“ Rolle erfüllte. Eingestanden wurde ebenfalls, dass die Tätigkeit der Amtsträger die Durchsetzung der „politischen Linie“ des Regimes nicht unbedingt förderte und dass „Potentaten“ mit „wohl bekannten Verdiensten in der Vergangenheit“ überzeugt seien, die „Gesetze der Partei und des Staates“ hätten „für sie“ keine Gültigkeit. An sämtliche Kader erging höchst offiziell die Warnung, dass sie „zurückgestuft, abgesetzt und bestraft“ werden konnten, „ohne Rücksicht auf Person“ und frühere Verdienste.²⁴

Damit war jedoch eine Grenze erreicht, die sich schwer überschreiten ließ. Das Problem zu beschreiben, war einfach; seine Träger aufzufinden, alles andere als leicht. Die Suche sollte auf allen Ebenen, in sämtlichen Behörden der riesigen Staatspartei stattfinden und einer Praxis folgen, die in den obersten Dienststellen selbst üblich war. Die Korrespondenz der höchsten Würdenträger des Regimes und ihre tagesbuchähnlichen Notizen zeigen, dass sie die Usancen einfacher Parteifunktionäre auch im Vorgehen ihrer hochrangigen Amtsbrüder beobachten mussten.²⁵ Das Verschwinden alternativer Programme und öffentlicher Auseinandersetzungen hatte dazu geführt, dass, soweit Handlungsalternativen überhaupt existierten, diese im Wesentlichen in Umgehungsmanövern bestanden, die der Führungsspitze bestenfalls als eine Form byzantinischer Intrigen erschienen.²⁶ Dabei waren sich die Beteiligten nicht unbedingt bewusst, dass die Verteidigung der Interessen ihrer Behörden oder ihrer Karriere die Ausübung der Staatsmacht behindern konnte.

Auch im Kreml war man sich offensichtlich nicht darüber im Klaren, dass Versuche, das Funktionieren der Partei- und Staatsorgane kon-

²⁴ KPSS v rezoljucijach i rešenijach s'ezdov, konferencij i plenumov CK [Die KPdSU in Resolutionen und Beschlüssen von Parteitag, Konferenzen und ZK-Plenen], Bd. 5, Moskva 1971, S. 152-154, 159-160; XVII s'ezd (wie Anm. 14), S 33-35, 532-533.

²⁵ Pis'ma I. V. Stalina V. M. Molotovu [Stalins Briefe an Molotov], hrsg. v. L. Košeleva u. a., Moskva 1995, S. 214, 247-249; RCChIDNI, f. 74, op. 2, d. 141, l. 35, f. 81, op. 3, d. 100, ll. 6-7, 39-41, 107-108.

²⁶ Oleg V. Chlevnjuk, Stalin i [und] Ordžonikidze, Moskva 1993, S. 66-110.

trollierbar zu machen, auf die Beseitigung der Politik sowjetischen Typs hinausliefen. Es hätte nicht weniger bedeutet, als die Abschaffung eines grundlegenden Bestandteils des Systems, die Aufhebung des Sonderstatus des Apparats und dessen „entscheidender [und] außerordentlicher“ Rolle. Indessen wurde ausgerechnet die Stärkung dieser Rolle beabsichtigt – und gerade durch die Tätigkeit einer Staatspartei, deren Praxis es eigentlich zu korrigieren galt.

Außerdem handelte es sich nicht durchweg um Differenzen zwischen höheren und untergeordneten Verwaltungsebenen oder solchen zwischen Zentrum und Peripherie. Die Verwicklung selbst der obersten Funktionäre in die üblichen Machenschaften des Apparats zeigt, dass kein Amtsinhaber es vermeiden konnte, sich für seinen Verwaltungsbereich und für seine Mitarbeiter einzusetzen. Die Staatspartei mit ihrer „unerhörten Macht und Autorität“ organisierte Kader in Netzwerken und Seilschaften mit Mitgliedern, die in jedem beliebigen Zweig, auf jedem beliebigen Niveau des Apparats, an jedem beliebigen Ort des Landes handeln konnten.

Diese Umstände erklären, warum die Schwierigkeiten des Apparats und des Alltags als Umtriebe von Regimegegnern dargestellt wurden. Sie machen auch begreiflich, warum eine solche Darstellung als glaubwürdig erscheinen konnte, besonders im Kreise der Posteninhaber. Unterdessen könnte der Eindruck entstehen, die Gleichsetzung der Probleme des Systems mit Sabotage sei lediglich ein kühl kalkultiertes Betrugsmanöver maßgeblicher Instanzen der Propagandamaschinerie gewesen. Jedoch spricht manches für die Annahme, dass die Idee allgegenwärtiger Wühlarbeit tief verwurzelt war und ernst genommen wurde.

In den zwanziger Jahren hatte sich die Geheimpolizei alle Mühe gegeben, mutmaßlich gegnerisch eingestellte Elemente aufzuspüren und auszuschalten. Deren Bandbreite reichte von Anhängern ehemaliger Parteien bis zu Angehörigen einer improvisierten Pfadfindergruppe.²⁷ Die Gründer einer studentischen „Kosmischen Akademie der Wissenschaften“ riskierten lange Haft, die Stifter eines „Ordens der Russischen Faschisten“ (die allem Anschein nach die monarchistischen Verschwörungen der Revolutionsperiode parodiert hatten) sogar die Todesstrafe.²⁸

²⁷ Vladlen S. Izmozik, *Glaza i uši režima* [Die Augen und Ohren des Regimes], Sankt Peterburg 1995, S. 133, 142-144.

²⁸ Dmitrij S. Lichačev, *Stat'i rannych let* [Artikel aus frühen Jahren], Tver' 1992, S. 6-7; S. A. Esenin. *Materialy k biografii* [S.A.E. Materialien zu einer Biographie], hrsg. v. N. I. Guseeva u. a., Moskva 1992, S. 47, 372-373.

Obwohl diese scharfen Maßnahmen lange nach dem Bürgerkrieg ergriffen wurden, hatten sie ihren Ursprung in jener Zeit. Während des Kampfes um das Überleben ihres Regimes waren die Bolschewiki zu der Überzeugung gelangt, dass in Sowjetrussland „ganze Klassen konterrevolutionär“ seien und für das System eine größere Gefahr darstellten als die weißen Armeen.²⁹ Sie waren sicher, die Gegner ihrer Agrarpolitik seien Großbauern. Was diese so genannten Kulaken ausmachte, konnten selbst jahrelange Diskussionen nicht klären. Dessen ungeachtet wurden während der Kollektivierung fast zwei Millionen Angehörige jener unbestimmten sozialen Kategorie in die Verbannung geschickt.³⁰

Amtsträger, die hinter dem spontanen Widerstand gegen die Kollektivierung das Werk „dunkler Kräfte“, politischer „Zentren“ und „Organisationen“ witterten,³¹ waren nicht unempfänglich für die Erklärung, dass nicht die eigene Politik, sondern konspirative Intrigen für die schweren Konflikte verantwortlich waren, die eigentlich ihr Vorgehen herausgefordert hatten. Ähnliches gilt für die Schauprozesse an der Wende der zwanziger und dreißiger Jahre, in denen Akte von Industriesabotage verhandelt wurden, die angeblich von Spezialisten bürgerlicher Herkunft und ausländischen Fachleuten organisiert und durch Emigrantenkreise und fremde Regierungen unterstützt worden waren.³² Sie ließen den Eindruck entstehen, dass die Tätigkeit der Verwaltung mit dem im Wirtschaftsleben herrschenden Chaos so gut wie nichts zu tun hatte. Das Deutungsmodell von den verschwörerischen Machenschaften war zweifellos durch die höchsten Regierungsinstanzen befördert worden. Dies bedeutet jedoch nicht, dass man dort nicht der Meinung gewesen sei, die Vorhaben der Staatspartei würden tatsächlich durch groß angelegte Wühlarbeit gefährdet.

Iosif V. Stalin, der übrigens Anweisungen gab, welcher Art Geständnisse die angeblichen Saboteure abzulegen hatten, zeigte sich in Briefen

²⁹ Martin Ja. Laciš, *Črevyčajnye Komissii v bor'be s kontrrevoljuciej* [Die Sonderkommissionen zur Bekämpfung der Konterrevolution], Moskva 1921, S. 12-15; Vladimir I. Lenin, *Polnoe sobranie sočinenij* [Sämtliche Werke], Bd. 43, Moskva 1977, S. 24.

³⁰ Stefan Merl, *Bauern unter Stalin – Die Formierung des sowjetischen Kolchossystems*, Berlin 1990, S. 61-71, 82-88; Viktor N. Zemskov, *Specposelency* [Sonderumsiedler], in: *Sociologičeskie issledovanija*, 1990, Nr. 11, S. 3-17, hier S. 3, 6; Lewin, *The Making* (wie Anm. 21), S. 121-141.

³¹ Lynne Viola, *Peasant Rebels under Stalin*, Oxford 1996, S. 4, 169, 194.

³² Kendall E. Bailes, *Technology and Society under Lenin and Stalin*, Princeton 1978, S. 69-121, 280; Schröder, *Industrialisierung* (wie Anm. 1), S. 216-230, 317-323; Kuromiya, *Industrial Revolution* (wie Anm. 1), S. 292-294.

an seine engsten Mitarbeiter davon überzeugt, dass es um die „Ränke der [internationalen] Bourgeoisie und ihrer Räuber-Brandstifter und überhaupt [um] Schädlinge“ ging, deren Enthüllung vermeintliche „Versuche [feindlicher Mächte, eine bewaffnete] Intervention für die nächsten 1-2 Jahre [durchzuführen],“ verhindern sollte.³³ Er konnte sich keinen Illusionen darüber hingeben, wie die politische Polizei Schuldbekennnisse zu erpressen pflegte. Aber in streng vertraulichen Schreiben, die er durchaus nicht zu Propagandazwecken seinen Gefolgsleuten sandte, zweifelte Stalin selbst nicht daran, dass die „defätistische Stimmung der Bürokraten des sowjetischen Apparats“ etwas mit den vorgeblichen Verschwörern zu tun hatte, und auch nicht daran, dass seine ehemaligen Mitstreiter gegen die Linke Opposition, Nikolaj I. Bucharin und Regierungschef Aleksej I. Rykov, in die „Konspiration“ verwickelt waren.³⁴ Stalin glaubte zu wissen, dass „alle bürgerlichen Fachleute Spione sind oder Spione sein können“. Er warnte seine Anhänger, die polnische „Agentur“ in der Ukraine sei sogar unter Parteimitgliedern stark: „Sobald sich die Lage verschlechtert, werden diese Elemente nicht zögern, die Front in (und außerhalb) der Partei, gegen die Partei zu eröffnen.“³⁵

Der Verdacht gegen Bucharin und Rykov stützte sich auf deren eher zurückhaltend geäußerte Bedenken in Bezug auf Kollektivierung und Industrialisierung, auf die Vermutung, deren spätere Selbstkritik sei unaufrichtig gewesen und diene allein dem Zweck, ihre fortwährende oppositionelle Einstellung zu verschleiern. Rykovs amtliche Intrigen schienen dies zu bestätigen.³⁶ Bucharins Verhalten war umso suspekter, als er seinerzeit, selbst vorübergehend zum Abweichler geworden, mit den unterlegenen Führern der Linken Opposition Kontakt gesucht hatte.³⁷ Stalin und seine Verbündeten, die – wie unter anderem ihre Korrespondenz zeigt – sich als eine enge Gruppe innerhalb der Führungsspitze verstanden und dementsprechend quasi-konspirativ handelten, waren nicht nur bereit, die eigene Vorgehensweise ihrer unmittelbaren Umgebung zu unterstellen, sondern auch regelrecht empört, wenn ein stellver-

³³ Pis'ma (wie Anm. 25), S. 188-189, 216-217.

³⁴ Ebd., S. 194, 211, 217, 220, 232.

³⁵ RCChIDNI, f. 81, op. 3, d. 99, ll. 136, 147-148.

³⁶ Stephen F. Cohen, *Bukharin and the Bolshevik Revolution*, Oxford 1980, S. 301-307; Pis'ma (wie Anm. 25), S. 122-135, 146, 153, 166, 170, 214, 217; Chlevnjuk, *Politbjuro* (wie Anm. 13), S. 29-30.

³⁷ Isaac Deutscher, *The Prophet Unarmed*, Oxford 1970, S. 440-443; Cohen (wie Anm. 36), S. 209-291; Pis'ma (wie Anm. 25), S. 128.

tretendes Politbüromitglied ihnen vorwarf, selbst Angehörige der höchsten Instanz der Staatspartei seien von wichtigen Entscheidungen ausgeschlossen.³⁸

Bucharin war der Ansicht, die Anschuldigungen gegen ihn (die ihn auch als „Prediger des Terrors“ denunzierten) hätten „klar auf das Vorhandensein irgendeiner diabolischen [...] Provokation“ hingewiesen.³⁹ Er hatte durch Teilnahme an den Schachzügen gegen die Linke Opposition gelernt⁴⁰ und – wie seine ehemaligen Kampfgenossen – aus seiner im Apparat erworbenen Erfahrung extrapoliert. Aber genau wie seine Gegner war Bucharin offensichtlich geneigt, der anderen Seite ein weitaus reflektierteres Handlungsmuster zuzubilligen, als dieser tatsächlich zur Verfügung stand. Die Tatsache, dass er (wie übrigens auch Rykov) noch lange Jahre hohe Ämter bekleiden und regelmäßig an Sitzungen des Politbüros teilnehmen konnte,⁴¹ spricht für die Annahme, dass der Verdacht gegen Bucharin mit einem von langer Hand vorbereiteten Komplott nichts zu tun hatte.

Die Krise der Kollektivierung rief auch in regimetreuen Kreisen eine gewisse Gärung hervor. Eine kleine Gruppe von alten Bolschewiki gründete einen „Bund der Marxisten-Leninisten“, dessen programmatische Erklärungen die Parteipolitik schärfstens verurteilten und die Absetzung „Stalins und seiner Clique“ forderten.⁴² Die Mitglieder der Gruppe wurden nach einigen Wochen verhaftet. Prominente ehemalige Linksabweichler – die inzwischen wieder in die Partei aufgenommen worden waren – wurden abermals ausgeschlossen, mit der Begründung, dass sie jene „konterrevolutionären“ Dokumente gelesen und versäumt hätten, das ZK darüber zu informieren. Aber auch Bucharins Genossen wurden gerügt, weil ihre Distanzierung vom „Bund der Marxisten-Leninisten“ für nicht ausreichend gehalten wurde.⁴³ Zur gleichen Zeit versuchten Angehörige der einstigen Linken Opposition, einen „Block“ zu organisieren, der sich als kurzlebig erwies, weil auch seine Mitglieder schnell

³⁸ Stalinskoe Politbjuro (wie Anm. 23), S. 97, 99-101, 105.

³⁹ Stalinskoe Politbjuro (wie Anm. 23), S. 98.

⁴⁰ Klaus Söndgen, Bucharinismus und Stalinisierung, in: Jahrbücher für Geschichte Osteuropas 43 (1995), S. 78-95, hier S. 79-82; Deutscher, Prophet Unarmed (wie Anm. 37), S. 304-306; Cohen, Bucharin (wie Anm. 36), S. 267-268.

⁴¹ Stalinskoe Politbjuro (wie Anm. 23), S. 220-245.

⁴² Igor' B. Šiškin, Delo Rjutina [Die Akte Rjutin], in: Voprosy Istorii 1989, Nr. 7, S. 39-52, hier S. 41-43, 48-49; Izvestija CK KPSS, 1989, Nr. 6, S. 103-107, 1990, Nr. 12, S. 193, 197-198.

⁴³ Izvestija CK KPSS, 1989, Nr. 7, S. 66; RCChIDNI, f. 17, op. 2, d. 511, ll. 174-175.

festgenommen wurden.⁴⁴ Das offensichtliche Scheitern der Kollektivierung löste manche Diskussionen unter Mitgliedern von Partei und Komsomol aus. Sie griffen gelegentlich Argumente der Abweichler auf und riefen auch geheime Gruppen ins Leben mit Programmen, die eine Affinität zum „Bund“ aufwiesen.⁴⁵

In den Augen der Apparatschiki, die erlebt hatten, wie zweitrangige Anhänger unterlegener oppositioneller Fraktionen ausgegrenzt wurden, stellte der Aufruf, „Stalin und seine Clique“ von ihren Ämtern zu entheben, eine deutliche Bedrohung dar, die sie bereit waren, mit allen erdenklichen Mitteln zu bekämpfen.⁴⁶ Vermeintliche Machenschaften ehemaliger Trotzkisten und Zinov'evisten, die seit den letzten Tagen des Jahres 1934 Thema der zentralen Propaganda waren, mussten umso mehr als ernste Gefahr wahrgenommen werden, als sie mit angeblichen terroristischen Intrigen in Verbindung gebracht wurden. Die Ermordung des Leningrader Parteisekretärs Sergej M. Kirov, die zuerst einem Einzeltäter, dann einem „weißen Komplott“ zugeschrieben worden war, wurde danach einer „Verschwörung“ einstiger Gefolgsleute der Linken Opposition angelastet. Deren Führer galten zunächst nicht als verdächtig und waren lediglich zur Verbannung vorgesehen, um später jedoch zu schwerer Haft verurteilt zu werden – in einem Prozess, der ihre direkte Verantwortung allerdings nicht feststellte.⁴⁷ Nach dieser eher zögerlichen Aufdeckung ihrer angeblichen konspirativen Tätigkeit wurden alte Mitstreiter der Linken Opposition zur Zielscheibe von Parteisäuberungen, die sich bisher vor allem gegen Mitglieder gerichtet hatte, deren Verhalten die Parteidisziplin verletzte.⁴⁸ In den Jahren 1935 und 1936, als die Überprüfung der Partei zum Ausschluss von mehr als 300.000 Mitgliedern geführt hatte, ließen sich nur 11.000 mutmaßliche Linksabweichler

⁴⁴ Pierre Broué, Trotsky et le bloc des oppositions de 1932, in: Cahiers Léon Trotsky, 1980, Nr. 5, S. 5-37; J. Arch Getty, Trotsky in Exile. The Founding of the Fourth International, in: Soviet Studies 37 (1986), Nr. 1, S. 24-35, hier S. 28-29; ders., Origins (wie Anm. 11), S. 119-122.

⁴⁵ RGVA (Russisches Staatliches Militärarchiv), f. 9, op. 36, d. 597, ll. 161-172, d. 597, ll. 11-13, 899-907; CChDMO (ehemaliges Zentralarchiv des Komsomol; jetzt Teil des RGASPI), f. 1, op. 23, d. 1071, ll. 63-63ob; RCChIDNI, f. 17, op. 120, d. 106, ll. 1-13, 58-59.

⁴⁶ J. Arch Getty, Afraid of Their Shadows. The Bolshevik Recourse to Terror, in: Stalinismus vor dem Zweiten Weltkrieg, hrsg. v. Manfred Hildermeier, München 1998, S. 169-191, hier S. 178-182.

⁴⁷ Getty, Origins (wie Anm. 11), S. 209-210; Gábor T. Rittersporn, Soviet Politics in the 1930s, in: Studies in Comparative Communism 1986, S. 105-123, hier S. 112.

⁴⁸ Getty, Origins (wie Anm. 11), S. 47, 54, 83; Schröder, Industrialisierung (wie Anm. 1), S. 183, 345.

finden, die allem Anschein nach größtenteils verhaftet wurden,⁴⁹ während einige prominente Trotzlisten in wichtigen Positionen und sogar im ZK verblieben.

Der „Block“ war im Kontakt mit dem exilierten Lev D. Trockij entstanden, der bis 1934 von sowjetischen Beamten Berichte erhalten konnte (zu welchen übrigens ein Agent Moskaus Zugang hatte).⁵⁰ Die Schritte des vertriebenen Politikers, der sogar versucht hatte, seine ehemalige Gefolgschaft im Lande durch Postkarten zu erreichen,⁵¹ interessierten offenbar den Kreml und in mancher Hinsicht beunruhigten sie ihn auch. 1935 kam das ZK zu der Überzeugung, es gebe ein „unaufgedecktes Zentrum der Trotzlisten“ in der Sowjetunion, das die Geheimpolizei „ausfindig machen und liquidieren“ solle.⁵² Gleichzeitig war eine durch Trotzlisten inspirierte „terroristische Verschwörung“ unter Angestellten des Kreml, ans Licht gebracht worden. Es folgte die Aburteilung von 110 Personen; die Lehren aus der Affäre wurden allen Ernstes auf einer Plenarsitzung des ZK diskutiert.⁵³ Die Verhandlungen erfolgten vertraulich; eine Suche nach „illegalen terroristischen Formationen“ unter „trotzlistischen Doppelzüglern“ setzte sich heimlich fort.⁵⁴

Die Operation musste Amtsinhabern als berechtigt erscheinen angesichts der Gefahr, deren sich „Stalin und seine Clique“ nach Kirovs Ermordung ausgesetzt sehen konnten. Das Attentat hatte eine Welle von regimefeindlichen Äußerungen unter der Bevölkerung hervorgerufen, die auf Linksabweichler-Anschuldigungen mit Zweifel und Verweis auf deren – und insbesondere Trockijs – revolutionäre Verdienste reagiert hatte.⁵⁵ Zu jener Zeit mussten die Kader angesichts autoritativer Stellungnahmen und politischer Schachzüge, die ihre Verantwortung für die Eigenmächtigkeit des Apparats und für das Fiasko wichtiger Kampagnen

⁴⁹ RCChIDNI, f. 17, op. 120, d. 177, ll. 120, 122, d. 180, ll. 18, 57, d. 278, ll. 2-3.

⁵⁰ Dale Reed u. Michael Jakobson, Trotsky Papers at the Hoover Institution in: American Historical Review 92 (1987), S. 363-375, hier S. 367, 369, 371; Pierre Broué, Trotsky, Paris 1988, S. 710-711.

⁵¹ Trotzki-Archiv (Houghton Library, Cambridge, Mass.), T-10248.

⁵² Izvestija CK KPSS, 1989, Nr. 9, S. 35.

⁵³ Izvestija CK KPSS, 1989, Nr. 7, S. 86-92; RCChIDNI, f. 17, op. 2, d. 542, ll. 55-86, 158-159, 175-179.

⁵⁴ Izvestija CK KPSS, 1989, Nr. 8, S. 82-83, Nr. 9, S. 35-36.

⁵⁵ GARF, f. 1235, d. 2172 čast' 1, ll. 71-71ob, f. 5446, op. 18a, d. 849, l. 2; RGVA, f. 9, op. 36, d. 1422, ll. 76, 81-83, 86, op. 39, d. 9, l. 589; CChDMO, f. 1, op. 23, d. 1102, ll. 56, 64, 67, 75, 84, 124, d. 1107, l. 64; RCChIDNI, f. 17, op. 114, d. 695, l. 35, op. 120, d. 142, l. 87, d. 176, l. 83; Sheila Fitzpatrick, Stalin's Peasants, Oxford 1994, S. 291-292.

herausstellten,⁵⁶ einigermaßen alarmiert sein. Der im August 1936 inszenierte Schauprozess gegen ehemalige Führer der Linken Opposition, die gezwungen wurden, ihre „terroristische Verschwörung“ öffentlich einzugestehen, konnte jedoch den Eindruck erwecken, als ob die Ursachen der Probleme des Regimes lediglich auf Machenschaften einstiger Abweichler zurückzuführen seien.⁵⁷ Immer vehementere Klagen, die Ordnung des Systems sei durch eine apparat-interne Schädlingstätigkeit bedroht, sowie weitere Schauprozesse gegen Würdenträger der höchsten Instanzen setzten die Figur des „Volksfeindes“ jedoch mit derjenigen der Führungskräfte gleich.⁵⁸

Niemand hatte das Politbüromitglied genötigt, Propagandaarbeit zu leisten, wenn es in einem Privatbrief an einen ZK-Sekretär über die abgeurteilten Trotzkisten schrieb, dass „sogar einem Blinden die ganze Kriminalität dieser Bande klar geworden“⁵⁹ sei. Wie seine Amtsbrüder war der Politiker offenkundig überzeugt, dass alte Abweichler sogar im Exil und in Haft eine Gefahr darstellten, die man nur durch Vernichtung beseitigen konnte.⁶⁰ Indessen hatten die ausufernden Beichtungen von Schädlingstätigkeit, Spionage und Hochverrat Natur und Träger dieser Gefahr immer undeutlicher und unbestimmbarer gemacht; dies umso mehr, als die Anschuldigungen immer breitere Kreise der Verwaltung erfassten, auch Mitarbeiter, die niemals oppositionellen Fraktionen angehört hatten. Bezeichnungen wie „Sabotage“, „Trotzkismus“ und „Subversion“ funktionierten immer weniger als Konzepte, die man im Großen und Ganzen definieren und im Kontext der sowjetischen Wirklichkeit lokalisieren konnte, und immer mehr als vage Metaphern.

Das Bild des Feindes und der Katalog seiner Missetaten waren durch die höchsten Würdenträger fabriziert worden; sie lieferten persönlich

⁵⁶ O rabote Partkollegii [Über die Arbeit der Parteikollegien], in: Pravda, 17.3.1936, S. 3; Partorganizacija otvečae... [Die Parteioorganisation antwortet], in: Pravda, 18.3.1936, S. 1; Rastit' partijnye kadry [Die Parteikader erziehen!], in: Pravda, 23.3.1936, S. 1; Kommunist i sovetskij zakon [Der Kommunist und das sowjetische Gesetz], in: Pravda, 1.4.1936, S. 2; Partijnij apparat, in: Pravda, 9.5.1936, S. 1; Sovetskij kontrol', in: Pravda, 30.5.1936, S. 1; Bol'shevik, 1936, Nr. 7, S. 12-20; Francesco Benvenuti, Fuoco sui sabotatori! Stakhanovismo i organizzazione industriale in Urss, Roma 1988, S. 341-365; Siegelbaum, Stakhanowism (wie Anm. 10), S. 117-120, 127-135.

⁵⁷ Rittersporn, Stalinist Simplifications (wie Anm. 10), S. 77-80.

⁵⁸ Ebd., S. 85, 92-94, 97-102.

⁵⁹ Sovetskoe Rukovodstvo. Perepis'ka. 1928-1941 gg. [Die sowjetische Führung. Briefwechsel 1928-1941], hrsg. v. A. V. Kvašonkin u.a., Moskva 1999, S. 348.

⁶⁰ Izvestija CK KPSS, 1989, Nr. 5, S. 72, Nr. 6, S. 112-115, Nr. 9, S. 39.

Argumente gegen prominente Angeklagte.⁶¹ Der Rückgriff auf subversive Manöver als Erklärungsmuster deutet darauf hin, dass die Verwaltung bestrebt war, Schwierigkeiten durch Kriminalisierung und massenhafte Ausschaltung von Kadern zu lösen; die Wesensverbindung zwischen den Problemen und dem System konnte sie nicht erkennen. Dabei zeigt die Inhaftierung und die physische Vernichtung jener Posteninhaber, dass die im Dienst gebliebenen Kollegen von ihren abgesetzten Genossen dieselben Umtriebe erwarteten, die sie einst den oppositionellen Gruppen zugeschrieben hatten. „Schädlingsarbeit“ und „Verschwörung“ standen für ein breites, immer weniger erklärliches Spektrum von Handlungen; Beweise wurden ebenso figurativ verstanden wie angeblich wühlerische Tätigkeit.

Der Gebietssekretär, der in einem Privatbrief an einen der höchsten Machthaber sein Erstaunen zum Ausdruck brachte über die große Zahl der „Feinde“, die er in den Behörden seiner Provinz auszumachen glaubte, konnte ebenso wenig erläutern, worin ihre böswilligen Machenschaften bestanden und in welchem Maße sie sich von seinem eigenen Vorgehen unterschieden, wie ein stellvertretendes Politbüromitglied, das gerade wegen seiner allzu energischen Säuberungsmaßnahmen angegriffen wurde und sich durch die Behauptung zu verteidigen suchte, dass es von allen Seiten von Feinden umgeben⁶² sei. Obwohl „unzureichende Wachsamkeit“ die Kader dem schlimmsten Verdacht aussetzen konnte, wurde schnell „entdeckt“, dass auch einer allzu eifrigen Teilnahme an Säuberungskampagnen böswillige Absichten und heimliche Kontakte zu „Feinden“ zugrundelagen.⁶³ Eine angemessene Strategie zu wählen, war objektiv unmöglich, wenn der Generalsekretär des Komsomol, der Stalin und den Chef der Geheimpolizei über seine „feindlich“ eingestellten Mitarbeiter informierte und gleichzeitig gegen die „Wühlarbeit“ auftrat, welche übereifrige Kämpfer gegen „subversive“ Elemente führten, nicht

⁶¹ Izvestija CK KPSS, 1989, Nr. 4, S. 49, 51-55, Nr. 5, S. 71, 73-74, 76, Nr. 8, S. 91-92, Nr. 9, S. 36-39, 42.

⁶² CChSD, f. 6, op. 1, d. 80, ll. 51, 62; RCChIDNI, f. 17, op. 2, d. 631, ll. 76-78, 81-83, 89; Sovetskoe Rukovodstvo (wie Anm. 59), S. 363; Stalinskoe Politburo (wie Anm. 23), S. 161.

⁶³ RCChIDNI, f. 17, op. 88, d. 535, ll. 118, 135, op. 114, d. 877, ll. 38-39, op. 120, d. 279, l. 123, d. 281, ll. 101, 104, d. 282, ll. 138-142, 157-158, 166-167, op. 163, d. 1153, ll. 35-36, d. 1156, ll. 70-72 f. 81, op. 3, d. 224, ll. 59, 70-73, d. 226, ll. 76, 102, 105, d. 228, ll. 66-67; CChDMO, f. 1, op. 23, d. 1241, l. 82; GARF, f. 5446, op. 20a, d. 916, ll. 60-51; Bol'shevik, 1938, Nr. 3, S. 18; KPSS v rezoljucijach i rešenijach s'ezdov, konferencij i plenumov CK, Bd. 5, Moskva 1971, S. 305-309.

nur als Verteidiger von „Feinden“, sondern auch als Urheber ungerechtfertigter Säuberungsaktionen „entlarvt“ wurde.⁶⁴

In Industrie, in Landwirtschaft und in Verwaltung waren die Anzeichen gegnerischer Tätigkeit allgegenwärtig. Man sah sie allerorten: als heimtückisch verschleierte Hakenkreuze in Schaufenstern, auf verschiedenen Druckerzeugnissen und sogar in gymnastischen Übungen.⁶⁵ Man konnte gar nicht wachsam genug sein. Überall konnte das Böse erscheinen, wie Trockijs Profil, das man selbst im Gewebe von Pionierhalstüchern und – als Umriss von Inseln – auf Landkarten zu erkennen glaubte.⁶⁶ Aber auch eifrige Wachsamkeit konnte sich als gefährlich erweisen, gab es doch Fälle, die als „provokatorische Manöver“ eingestuft wurden. So war die Zensurbehörde verpflichtet, jegliche Erwähnung „entlarvter Volksfeinde“ und die Verbreitung ihrer Werke und Bildnisse zu verhindern, was sie auch regelmäßig tat.⁶⁷ Die Strebsamkeit ihres Chefs wurde nichtsdestoweniger als „subversive Machenschaft“ angeprangert, weil dessen Behörde zu viele Veröffentlichungen aus dem Verkehr gezogen hatte und Verzeichnisse verbotener Autoren an andere Dienststellen weitergab, was als getarnte Warnung an gleich gesinnte „Feinde“ interpretiert wurde.⁶⁸

Unter diesen Umständen war nicht nur das Schicksal ehemaliger Abweichler besiegelt – die sämtlich a priori als „Verschwörer“ galten – sondern auch der Untergang jedes als „Spion“ oder „Volksfeind“ denunzierten Apparatschiks. Dessen Amtsbrüder mussten sich ebenso kollektiv distanzieren, wie ZK-Mitglieder, die nacheinander und einstimmig vor dem Hinrichtungskommando votierten.⁶⁹ Zwei Politbüromitglieder und ein stellvertretender Regierungschef, die vom NKVD erpresste Zeugenaussagen über Bucharins und Rykovs Kontakte mit angeblichen Verschwörern für glaubwürdig gehalten hatten, äußerten, als sie sich selbst in den Händen der Geheimpolizei befanden, die Überzeugung, Opfer

⁶⁴ CChDMO, f. 1, op. 23, d. 1211, ll. 20-71, d. 1212, ll. 1, 5-6; RCChIDNI, f. 17, op. 120, d. 351, ll. 1-5, 20-21, 65-66, 68-69, 96-97, 185-187.

⁶⁵ CGAIPD, f. 24, op. 2v, d. 2494, l. 125; RCChIDNI, f. 17, op. 2, d. 633, ll. 141-142; CChDMO, f. 1, op. 23, d. 1257, l. 123.

⁶⁶ GARF, f. 9425, op. 1, d. 3, ll. 55-55ob; A. K. Sokolov u. a., *Obščestvo i vlast'* [Die Gesellschaft und die Macht], Moskva 1998, S. 309.

⁶⁷ GARF, f. 5446, op. 23a, ll. 108-109, 111, f. 9425, op. 1, d. 2, ll. 1-7, 11-20, d. 3, ll. 18, 29, 59-60, d. 6, ll. 103, 175; RCChIDNI, f. 475, op. 1, d. 16, l. 359.

⁶⁸ GARF, f. 5446, op. 22a, d. 339, ll. 17-19, f. 9425, op. 1, d. 11, ll. 29-30.

⁶⁹ Stalinskoe Politbjuro (wie Anm. 23), S. 157-158; Getty, *Afraid* (wie Anm. 46), S. 182-183;

„verschwörerischer Machenschaften“ geworden zu sein, die nicht einmal vor den Sicherheitsorganen halt machten.⁷⁰

Der Versuch, die Arbeit der Staatspartei als Kampf gegen eine allgegenwärtige Subversion zu definieren, hieß, die Probleme des Systems mit ihrer Lösung zu verwechseln. Die Suche nach „Saboteuren“ und „Komplotten“ intensivierte im Apparat die Tätigkeit der Solidaritätsnetzwerke; Bemühungen, eigene Mitglieder zu retten, verstärkten lediglich Hirngespinnste weit verzweigter Verschwörungen.⁷¹ Neben der Brutalität der politischen Polizei, die Geständnisse durch Folter erpresste, konnten die mehr oder weniger weitreichenden Beziehungen, die Kader in verschiedenen Behörden und Regionen unterhielten, dazu beitragen, dass „Konspirationen“ „aufgedeckt“ wurden, wie diejenige von insgesamt 263 Personen, die in Russland, Aserbaidshan, Usbekistan, Turkmenien und Tadschikistan festgenommen oder zur Verhaftung bestimmt wurden.⁷²

Die Betroffenen wussten wohl, dass sie kein Staatsverbrechen begangen hatten. Sie waren allerdings auch mit der Praxis der Verwaltung und der ihrer Kollegen vertraut und konnten umso weniger den Verdacht von der Hand weisen, dass ihre Genossen in eine Art Untergrundarbeit verwickelt waren, als der vertrauliche Charakter administrativer Tätigkeit und ihrer häufig katastrophalen Folgen jeden Verdacht zu rechtfertigen schienen. Außerdem fanden sich die Kader mit der Gefahr konfrontiert, dass Fehltritte ihrer Untergebenen, Mitarbeiter oder Vorgesetzten als ihre eigenen „feindlichen Machenschaften“ wahrgenommen und sie selbst durch ihre Kameraden als „Feinde“ oder deren „Komplizen“ angeschwärzt wurden. Kettenreaktionen von Denunziation und „Enthüllung“⁷³ wurden weitgehend hierdurch motiviert, beziehungsweise entstanden zuweilen als Präventivmaßnahmen gegen (zu Recht befürchtete)

⁷⁰ Izvestija CK KPSS, 1989, Nr. 3, S. 141-142, Nr. 5, S. 79-81, 84; Dmitrij A. Volkogonov, *Triumph i tragedija* (2. Aufl.), Moskva 1990, Bd. 1, S. 571, 575.

⁷¹ Dela sverdlovskogo obkoma [Der Fall des Sverdlovsker Gebietskomitees], in: Pravda, 22.5.1937, S. 4; K čemu privodit političeskaja slepota [Wohin politische Blindheit führt], in: Pravda, 31.5.1937, S. 2; Vragi i ich pokroviteli [Feinde und ihre Beschützer], in: Pravda, 17.7.1937, S. 3; Bol'shevik, 1937, Nr. 14, S. 5-8; Partijnoe stroitel'stvo, 1937, Nr. 15, S. 40-43; WKP 111, S. 229, 151-152, 176; WKP 163, S. 131, WKP 321, S. 165; *Istorija sovetskoj cenzury*, hrsg. v. T. M. Gorjaeva, Moskva 1997, S. 72-74; RCChIDNI, f. 17, op. 114, d. 877, ll. 37-41, op. 120, d. 279, l. 123, d. 282, ll. 138-141, d. 351, ll. 9, 11, op. 163, d. 1153, ll. 35-36, f. 81, op. 3, d. 226, ll. 76, 105-106, d. 228, l. 70; GARF, f. 5446, op. 10, d. 31, ll. 45, 47, f. 5446, op. 22a, d. 916, ll. 52-54; CGAIPD, f. 24, op. 2v, d. 2490, ll. 143-146.

⁷² RCChIDNI, f. 17, op. 120, d. 288, l. 75.

⁷³ Rittersporn, *Stalinist Simplifications* (wie Anm. 10), S. 142-157.

Intrigen. Wenn der chaotische Kampf aller gegen alle, in den die Beseitigung der angeblichen Sabotage mündete, Manövern einiger NKVD-Kader zugeschrieben wurde, hatten hochrangige Beamte der Geheimpolizei keine Schwierigkeit, wenn sie selbst vor dem Untersuchungsrichter standen, ihre eigene Tätigkeit als Bestandteil einer groß angelegten „Verschwörung“ zu verstehen, während ihr ehemaliger Chef sich damit zu verteidigen suchte, er sei das Opfer seines gegen ihn konplottierenden Apparats geworden.⁷⁴

Die Bevölkerung, die übrigens der Propaganda des Regimes nicht unbedingt Glauben schenkte, zumal wenn es um das Wohlergehen des Sowjetmenschen ging,⁷⁵ war immerhin bereit, Anschuldigungen gegen die „Volksfeinde“ ernst zu nehmen. Örtliche Schauprozesse gegen angebliche Schädlinge im Bereich der Konsumgüterversorgung oder in der lokalen Verwaltung wurden vom Publikum als Ausgleich für die Widrigkeiten der eigenen Lebensumstände wahrgenommen.⁷⁶ Die Annahme einfacher Sowjetbürger, Posteninhaber hätten gezielt versucht, gegen ihre Interessen zu konspirieren, wurde durch systeminhärente soziale Konflikte gestützt, die alle Amtsträger als potentielle Feinde erscheinen ließen.⁷⁷ Die durch die Presse lautstark verbreiteten „Enthüllungen“ allerlei „Verschwörer“ – die fast ausnahmslos Führungskräfte waren – nährten den Verdacht, dass keinem Vorgesetzten zu trauen sei. Dass bald auch die höchsten Machthaber des Landes erschossen würden, zirkulierte als phantastisches Gerücht, ebenso wie das von der Absetzung und Verhaftung verschiedener Würdenträger, die nicht notwendigerweise den „Saboteuren“ zuzurechnen waren.⁷⁸

Indessen wurden nicht alle vermeintlichen Verschwörer von den Massen als „Volksfeinde“ betrachtet. Weit verbreitet war eine Vorstellung, wonach Trockij, Bucharin und andere prominente Opfer der Säube-

⁷⁴ GARF, f. 8131, op. 37, d. 86, ll. 134-139, 147-150; Boris B. Brjuchanov u. Evgenij N. Šoškov, *Opravdaniju ne podležit* [Freispruch ausgeschlossen], Sankt Peterburg 1998, S. 149-151.

⁷⁵ CChDMO, f. 1, op. 23, d. 1106, ll. 119, 123, d. 1107, ll. 61, 63, d. 1172, l. 4; RGVA, f. 9, op. 39, d. 14, l. 44, d. 73, l. 155, d. 78, l. 354, d. 89, ll. 44, 98, d. 95, l. 309; CGASPb, f. 7384, op. 2, d. 49, l. 396; GARF, f. 8131, op. 37, d. 148, l. 13.

⁷⁶ Stephen Kotkin, *Magnetic Mountain*, Berkeley 1995, S. 256-261; Fitzpatrick, *Stalin's Peasants* (wie Anm. 55), S. 296-312.

⁷⁷ Sarah Davies, *Popular Opinion under Stalin*, Cambridge 1997, S. 124-144.

⁷⁸ CGAIPD, f. 24, op. 2v, d. 2496, ll. 55, 99, 110-111, 153, d. 2498, ll. 1-4; CChDMO, f. 1, op. 23, d. 1234, l. 11, d. 1294, l. 114; RCChIDNI, f. 17, op. 88, d. 535, l. 235; RGVA, f. 9, op. 29, d. 358, l. 118, d. 379, l. 15, op. 39, d. 48, l. 255-256, 307, d. 74, l. 32.

rungen eigentlich für eine Verbesserung der Lage der Bevölkerung gekämpft und konspiriert hätten.⁷⁹ Allein dieser Umstand genügte, den Verdacht aufkommen zu lassen, die Werktätigen seien unter den Einfluss „subversiver Intrigen“ geraten. Die Vermutung konnte sich auf eine Reihe von Anhaltspunkten stützen: etwa die immer häufiger erhobene Forderung, dass die Staatspartei sich an die Prinzipien der 1936 verabschiedeten Verfassung halten solle, oder auch die nachlassende Arbeitsdisziplin als Folge des Kampfes gegen „Volksfeinde“, die man hinter Vorgesetzten aller Art vermuten konnte. In dieser Atmosphäre wurden eben auch unter den Massen „verschwörerische Umtriebe“ entdeckt, die zu groß angelegten Säuberungswellen führten, zur Inhaftierung von mehr als 630.000 und zur Ermordung von mehr als 680.000 Menschen.⁸⁰ Offensichtlich waren die Operationen aber nicht imstande, das Land von allen „zweifelhaften Elementen“ zu säubern. Am Vorabend des Krieges befanden sich etwa 1,5-1,6% der über 15-Jährigen als „suspekte Individuen“ auf den Listen der Geheimpolizei⁸¹ – insgesamt rund 1,2 Millionen Menschen. Die Offensive gegen die allgegenwärtigen Komplotte konnte konspirative Praktiken nicht beseitigen, die nicht zu trennen waren von Alltagspraxis wie Monopolanspruch des Apparats.⁸²

Die Vision Wühlarbeit treibender Verschwörer war mit der herkömmlichen Sakralisierung der Figur des Monarchen verbunden und damit auf die politische Sphäre bezogen; in gewisser Weise manifestiert sie sich auch in der Mythisierung des von dieser Sphäre abhängigen Raumes.⁸³ Vorstellungen über den gerechten und ungerechten Herrscher bzw. den wahren und falschen Zaren⁸⁴ finden sich in den Denkmustern der Säuberungswellen wieder. Auch die traditionelle Dämonologie der russischen Volksreligion spielte eine gewisse Rolle, wenn es galt, als Bolschewiki

⁷⁹ RGVA, f. 9, op. 39, d. 75, l. 13, d. 76, l. 141, d. 78, l. 393, d. 92, l. 393, d. 95, l. 313; GARF, f. 7523, op. 66, d. 82, l. 165, f. 9474, op. 16, d. 173, l. 470; CGAIPD, f. 24, op. 2v, d. 2497, l. 7, d. 2499, ll. 69, 80; RCChIDNI, f. 81, op. 3, d. 230, l. 84.

⁸⁰ Gábor T. Rittersporn, „Vrednye elementy“, „opasnye men'sinstva“ i bol'shevistskie trevogi [„Schädliche Elemente“, „gefährliche Minderheiten“ und bolschewistische Ängste, in: V sem'e edinoj [In derselben Familie], hrsg. v. Timo Vihavainen u. Irina Takala, Petrozavodsk 1998, S. 101-106.

⁸¹ RCChIDNI, f. 73, op. 2, d. 36, ll. 6, 35, d. 53, ll. 54-61; Perepis' (wie Anm. 6), S. 29, 31.

⁸² Rittersporn, *Stalinist Simplifications* (wie Anm. 10), S. 51-53, 210, 219-220, 277-278.

⁸³ Jurij M. Lotman, *Izbrannye stat'i* [Ausgewählte Aufsätze], Tallinn 1992, Bd. 2, S. 15-16, 18-20; Boris A. Uspenskij, *Izbrannye trudy* [Ausgewählte Werke], Bd. 1, Moskva 1994, S. 132-193.

⁸⁴ Daniel Field, *Rebels in the Name of the Tsar*, London 1976, S. 5-7; Claudio S. Ingerflom, *Entre le mythe et la parole: l'action*, in: *Annales* 51 (1996), S. 733-757.

getarnte Saboteure aufspüren – entsprach es doch ihrer Tradition, den Ursprung alltäglicher Widrigkeiten als Intrigen dunkler Kräfte zu erklären.⁸⁵

Dass die Eliminierung mutmaßlicher Feinde als Reinigung aufgefasst wurde, deutet auf die Auffassung der Staatspartei als sakrale Sphäre; Gerüchte, die im Zusammenhang mit der Kampagne kursierten, machen deutlich, dass dieser Raum Sowjetbürgern als ein Bereich geheimnisvoller Mythen erschien. Im Glauben, gefallene Kader seien wegen ihres Einsatzes für die Interessen der Massen verfolgt worden, lassen sich sowohl die Figur des vorbildlichen Herrschers, der vertrieben wurde und verborgen bleibt, erkennen als auch das Bild des wohl wollenden Landesvaters, dessen Projekte durch hohe Würdenträger verhindert werden. Auch die Gestalt des zur List greifenden Bösen tritt in der Fiktion von allgegenwärtigen Komplotten und Sabotage plastisch hervor.

Im offiziellen Diskurs jedoch lassen sich bewusste Anspielungen auf tradierte Denkmuster nicht beobachten. Im Gegenteil: die Bolschewiki versuchten, für das Versagen ihres Regimes ein hochrationales und geschichtstheoretisch wie politisch orientiertes Erklärungsschema zu finden,⁸⁶ dessen Affinität mit Denkmodellen des Volksglaubens sie nicht imstande waren zu begreifen, obwohl diese Affinität die von oben gewünschte Wahrnehmung der mörderischen Vorgänge durch die Bevölkerung wahrscheinlich gefördert hätte. Das begriffliche Repertoire, mit dem eine Jagd auf Volksfeinde inszeniert wurde, ging gänzlich auf das Regime selbst zurück, dessen diskursive Konventionen und Deutungsmodelle die Unterschichten weitgehend übernahmen.⁸⁷ Archaische Züge offenbarten sich vor allem in der Dämonisierung der „Feinde“, die besonders in der Ikonographie der Pressekarikaturen hervortrat. Gerade in den Äußerungen der Bevölkerung fehlten aber solche Züge.

Es ist fraglich, ob sich die Sehweise der sowjetischen Wirklichkeit als eine Welt der Verschwörung hätte durchsetzen können ohne die Sprachregelung des Regimes und die „entscheidende [und] außergewöhnliche“ Rolle der Staatspartei. Auch wenn die leicht erklärlichen Bedrohungsängste der Kader und einfachen Bürger in Formen erscheinen konnten, die mit dem Volksglauben und mit tradierten Auffassungen von Politik

⁸⁵ Lewin, *The Making* (wie Anm. 21), S. 275-276, 310.

⁸⁶ Dieter Groh, *Anthropologische Dimensionen der Geschichte*, Frankfurt/Main 1992, S. 171-172.

⁸⁷ Für ähnliche Vorgänge siehe Norman Cohn, *Europe's Inner Demons*, London 1975, S. 225-255; Richard Kieckhefer, *European Witch Trials*, London 1976, S. 73-92.

verwandt waren, hatte das mit Konstrukten wie „feindliche Manipulation“ und „Komplot“ umschriebene Szenario mit der Überlieferung nichts zu tun. Der Apparat und seine Tätigkeit hatten die sowjetische Realität und sein dominierendes Deutungsmuster in einer Art und Weise geprägt, dass der undurchschaubare, tückische und unberechenbare Alltag des Systems – und letztlich das System selbst – als ein durch finstere Mächte heimgesuchtes Universum erschien.

Die Bolschewiki verstanden dieses Universum als Wirkungsbereich des von ihnen in Angriff genommenen Modernisierungsprozesses und ihr Regime als Inbegriff der sich entfaltenden Modernität. Durch ihren eingeschränkten Wahrnehmungshorizont waren sie nicht imstande, sich über die Archaisierung gesellschaftlicher Verhältnisse Rechenschaft abzulegen. Diese äußerte sich besonders in der Wiederherstellung und Stärkung einer traditionellen sozialen Hierarchie, in autoritären Formen der Machtausübung, in der ostentativen Verherrlichung und im offiziellen Kult eines als Vaterfigur stilisierten Herrschers; schließlich trat diese Archaisierung in Gestalt einer Wiedereinführung militärischer Ränge oder einer Studiengebühr für Gymnasien und Hochschulen in Erscheinung.⁸⁸ Sowjetbürger sahen hierin den Ausdruck einer „kulturellen Konterrevolution“ oder gelegentlich auch einer „Schädlingstätigkeit“.⁸⁹ Die archaischen Züge in der Reaktion der Eliten auf den Fehlschlag des Modernisierungsvorhabens und auf die Ablehnung der Massen, die in dem verschwörungstheoretischen Deutungsmuster zum Ausdruck kamen, hingen mit der allgemeinen Tendenz zur Archaisierung sozialer Umstände zusammen. Indem das Erklärungsmodell „Verschwörungstheorie“ auf typisch sowjetische Gegebenheiten Bezug nahm, wies es zugleich auf die zweifelhafte Modernität dieses Systems.

⁸⁸ Alex Inkeles, *Social Change in Soviet Russia*, Cambridge, Mass. 1968, S. 15-17, 159; Sheila Fitzpatrick, *Education and Social Mobility in the Soviet Union 1928-1934*, Cambridge 1979, S. 219; Rosalinde Sartori, *Industrialisierung und Pressefotografie in der Sowjetunion*, Berlin 1981, S. 97, 236-245, 256-260, 275-281; Katerina Clark, *The Soviet Novel. History as Ritual*, Chicago 1981, S. 114-125; Lewin, *The Making* (wie Anm. 21), S. 45, 262-268, 313; Maier, *Stachanov-Bewegung* (wie Anm. 1), S. 179-180.

⁸⁹ RGVA, f. 9, op. 39, d. 8, ll. 322-325, 329-330, d. 10, ll. 179-185, d. 86, ll. 226-228, d. 95, ll. 83, 134, 165-166, 241; CChDMO, f. 1, op. 23, d. 1475, ll. 51-52, 66, d. 1476, ll. 10-11.